

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Juli 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepalte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 71

Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg

Elfter Verhandlungstag (24. Juni)
Schlußführung

Seit eröffnet die Verhandlungen des letzten Tages mit dem Hinweis auf den Johannistag, den Namensstag Johannes Gutenbergs, der als größter Lichtbringer aller Zeiten zur Höherentwicklung der Menschheit unendlich viel geleistet, aber auch der Arbeiterklasse das Rüstzeug geliefert habe zu ihrem Befreiungskampfe. Dankbar werde deshalb seiner gedacht.

Nach verschiedenen Feststellungen und Erklärungen des Vorstandsvorstandes zu einer Breslauer Angelegenheit kam Punkt XI: „Festsetzung der Mitgliederbeiträge“, zur Erledigung. Gemäß dem Kommissionsbeschlusse wurde der wöchentliche Verbandsbeitrag auf 3,50 Mk. festgesetzt.

Zum Punkt XII: „Festsetzung der Gehälter für die Angestellten und der Remuneration für die Vorstandsmitglieder“, referierte Albrecht (Köln) als Berichterstatter der Vorstandskommission, die sich mit den Personenträgen des Vorstandsvorstandes und mit der Regelung der Gehaltsfragen zu beschäftigen habe. Die materiellen Festsetzungen der Kommission würden naturgemäß nicht allgemeine Befriedigung auslösen, da sich Ämtern in der Gehaltsabgrenzung nicht vermeiden ließen. Nach dem Muster anderer Gewerkschaften wurde eine Gehaltsordnung aufgestellt, nach der die Gehälter der Verbandsangestellten automatisch den Veränderungen auf dem Lohngebiete folgten.

Grundlage: Maschinenleistungslimit des in Betracht kommenden Ortes.

Dieses erhob sich in

	Kl. I	Kl. II	Kl. III	Kl. IV
um	40 Proz.	30 Proz.	20 Proz.	10 Proz.
steigend nach jedem vollen Dienstjahr um	1 Proz.			
bis zum Höchstbetrage von	50 Proz.	40 Proz.	30 Proz.	20 Proz.

Diese Skala tritt mit Wirkung vom 1. April in Kraft. Die beiden Vorstehenden des Verbandes erhalten als Aufsichtsratsmitglied jährlich ein durchschnittliches Monatsgehalt.

Ferien werden gewährt an Hilfsarbeiter 2 Wochen, nach 5jähriger Tätigkeit 3 Wochen, an die übrigen Angestellten 3 Wochen, nach 5jähriger Tätigkeit 4 Wochen. Die bereits im Dienste der Organisation zurückgelegten Jahre werden sowohl beim Gehalt wie auch bei den Ferien in Anrechnung gebracht.

Vorliegender Gehaltsordnung ist als Provisorium bis zur nächsten Generalversammlung zu betrachten; nach Wiederkehr normaler Verhältnisse wird eine neue Gehaltsordnung mit festen Sätzen und festen jährlichen Zulagen aufgestellt werden.

Klasseneinteilung

- Kl. I: 1. und 2. Vorstandsvorsteher, 1. Redakteur.
- Kl. II: Verbandskassierer, Hauptverwalter, Sekretäre im Vorstandsvorstande, 2. Redakteure.
- Kl. III: Expedient.
- Kl. IV: Hilfsarbeiter.

Zu dieser Gehaltsordnung unterbreitete die Vorstandskommission dem Plenum noch folgende Vorschläge zur Annahme:

Die Generalversammlung erwartete, daß die Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände diese Gehaltsordnung auch auf ihre Angestellten anwenden, und zwar mit folgender Einteilung: Gauvorsteher in Klasse II, Gaukassierer und Gauverwalter je nach ihrer Tätigkeit und Verantwortung in Klasse II oder III. Sonstige Gau-, Bezirks- und Ortsangestellte in Klasse III. Hilfsarbeiter in Klasse IV.

Aufwandsentschädigung für Gauvorsteher jährlich ein halbes durchschnittliches Monatsgehalt; für Gauvorsteher, die zugleich Geschliffenverleiher sind, ein ganzes durchschnittliches Monatsgehalt. Ferien wie bei den Verbandsangestellten.

Als Entschädigung für die nichtangestellten Besitzer im Vorstandsvorstande wurden 5 Mk. pro Sitzung von der Kommission in Vorschlag gebracht. Bezüglich des Kollegen Eisler, dem die Danziger Generalversammlung ein Ruhegehalt in Höhe von drei Vierteln seines Grundgehalts aussetzte, schlug die Kommission vor, ihm außer den drei Vierteln des Gehalts 50 Proz. der letzten Steuerzulagen als Pension zu bewilligen, um dem um unsere Organisation hochverdienten Funktionär den Lebensabend

schöner zu gestalten. Möge er sich der Nützlichkeits seines Ruhegehalts nach bald 30jähriger verantwortungsvoller Tätigkeit als Hauptkassierer noch recht lange erfreuen! Weiter ging der Berichterstatter auf die in der Vorstandskommission gepflogene Aussprache ein, die auf einen Schutz der Angestellten im Falle der Invaldität und eine Verjüngung ihrer Hinterlebenen abzielte. Zur Zeit seien Maßnahmen in dieser Richtung nicht durchführbar, aber die nächste Generalversammlung müsse über die aufgeworfenen Fragen Klarheit schaffen, zumal in anderen Gewerkschaften, z. B. im Schuhmacherverbande, bereits Einrichtungen zum Besten solcher Angestellten geschaffen wurden, die ihre Arbeitskraft und Gesundheit im Dienste der Organisation verbrauchen. Bis zur endgültigen Regelung müsse von Fall zu Fall entschieden werden. Die Schriftgießer forderten die Übernahme der durch die Anstellung eines besonderen Beamten entstehenden Kosten auf die Verbandskasse mit der Begründung, daß die Zentralkommission der Schriftgießer die Trägerin des Tarifs sei, woraus eine Menge Arbeit entstehe, die nebenamtlich nicht mehr zu bewältigen sei. Die Vorstandskommission habe der Bewilligung der erforderlichen Mittel nicht zustimmen können aus Rücksicht auf die übrigen Sparten, die die gleichen Ansprüche erheben könnten; sie schlage jedoch vor, den Schriftgießern einen Zuschuß von 8000 Mk. zu bewilligen zu den Kosten, die entstehen durch Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die bereits als Sekretäre im Verbandsbureau tätigen Kollegen Fülle und Köhne wurden zur Befähigung in Vorschlag gebracht. Die Stelle des dritten Sekretärs solle ausgeschrieben und vom Vorstandsvorstand im Einvernehmen mit den Gauvorständen besetzt werden. Für die Belegung des Postens des zweiten Verbandsvorstehenden seien verschiedene Kandidaten in Berücksichtigung gezogen worden, deren Erwählung in ihrem gegenwärtigen Wirkungskreise nur schwer möglich gewesen wäre. Die Kommission habe sich schließlich auf den Vorschlag des bis jetzt noch im Berufe tätigen Kollegen Krauß (Essen) geeinigt. Der Gau Rheinlands-Westfalens verliere in ihm wiederum eine vorzügliche Kraft, die eigentlich dazu bestimmt war, demnächst mit an die Spitze des Gaus zu treten. Schließlich schlug die Kommission noch vor, nach dem ihnen bezugenen Vertrauen sämtliche auflösenden Kollegen wiederzuwählen.

In diesen Kommissionsbericht schloß sich eine eingehende Diskussion.

Friedrichs wünschte die Vornahme einer Korrektur in der Klasseneinteilung bzw. die Einreihung des Hauptkassiererspostens in die erste Klasse. Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, als sei die Kassiertätigkeit eine untergeordnete.

Rose spricht sich für eine anständige Bezahlung der Angestellten aus; es dürften jedoch höchstens zwei Klassen geschaffen werden. Entschieden müsse er sich gegen die Schaffung einer Versorgungsstufe wenden, nur eine Behandlung von Fall zu Fall könne in Frage kommen.

Seife tritt für die Bewilligung eines höheren Zuschusses an die Schriftgießersparte ein. In Rücksicht darauf, daß die Schriftgießer die Regelung ihrer gesamten wirtschaftlichen und technischen Angelegenheit selbst vorzunehmen haben, genüge der vorgeschlagene Zuschuß von 8000 Mk. nicht.

Schneider: Das Reliquat der Kommissionsberatung könne die Schriftgießer nicht beledigen. Der Zuschuß zu ihren Verwaltungskosten müsse wenigstens auf 12000 Mk. erhöht werden.

Söldner wendet sich entschieden gegen die vorgeschlagene Klasseneinteilung. In Arbeiterkreisen sollte dies nach Möglichkeit vermieden werden; Unterschiede in der Bezahlung sollten sich lediglich nach der Zahl der Dienstjahre ergeben. Insbesondere sei die Klassifizierung innerhalb der „Korr.“-Redaktion zu befechtigen. Das Chefredaktionsverhältnis sollte in eine Kollegialredaktion mit gleichen Rechten und Pflichten abgeändert werden; zumal als Redakteure des „Korr.“ doch nicht die dümmsten, sondern die befähigtesten Kollegen gewählt würden. Gegenüber dem Standpunkte Roses müsse er betonen, daß auch die Gewerkschaften Beamte haben müssen, weshalb für diese in gleicher Weise wie beim Staate gefordert werden müsse. Was die Unternehmer auf diesem Gebiete sündigen, sollten wir nicht nachmachen. Ein aller Kollege, der jahreslang seine besten Kräfte der Organisation gewidmet hat, sollte nicht auf Almosen angewiesen sein, sondern nach langer Nichterfüllung auch Rechte haben.

Klein (Stuttgart) hält eine längere Debatte über diesen Punkt nicht mehr nötig, zumal es sich ja doch nur um ein Provisorium handeln könne. Bezüglich des An-

trags der Schriftgießer verweist er noch darauf, daß der größte Teil der eigentlichen Verwaltungsbereitschaft für die Schriftgießer doch im Rahmen der Verwaltungsaufgaben durch die Verbandsangestellten und -funktionäre verrichtet werde.

Albrecht (Berlin) fordert die Einreihung des Hauptkassierers, Hauptverwalters und der Redakteure in die erste Klasse. Das vorgeschlagene Gehalt für den 1. Vorstehenden sei gegenüber der Bezahlung solcher Posten gegenüber vielen anderen Arbeiterorganisationen geradezu erbärmlich. Er unterstütze auch den Antrag der Schriftgießer, da diese doch eine besondere Organisation bilden und unsern Verbände nur angegeschlossen sind.

Koske wendet sich gegen die Festlegung vierwöchiger Ferien nach fünfjähriger Dienstzeit. Die Ruhegehaltsfrage sollte nach der Bedürftigkeit von Fall zu Fall entschieden werden.

Kraffer tritt für Einführung der Kollegialredaktion anstelle der Chefredaktion ein. Letztere sei nur bei ganz großen Zeitungen angebracht. In der Ferienfrage für unreife Angestellten sollten wir vorsichtig sein.

Krahl möchte zu den Ausführungen von Söldner und Kraffer wie zu der vorgeschlagenen Abänderung bemerken, daß die von der Kommission vorgenommene Einteilung der Gehälter doch nichts Neues sei, sondern auf das in Dresden 1905 geschaffene Gehaltsregulativ zurückzuführen ist, das sich noch in Kraft befindet. Damals hat man nur einen Redakteur und einen Hilfsredakteur gekannt. Die Generalversammlung 1908 in Köln hat dann diesen Zustand den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt und ihn als zweiten Redakteur eingefügt unter Nachzahlung eines angemessenen Gehalts seit seiner Anstellung 1903. Trotzdem sei auf der Generalversammlung in Dresden bei der „Korr.“-Debatte der Anschein entstanden, daß er als Hilfskraft fast alles geschrieben habe. Ihm sei es vorgestern nicht eingfallen, Unterredigungen nach der Serenität aller angegriffenen Artikel usw. vorzunehmen. Er habe noch nie Wert auf den Chefredakteurteil gelegt und nach seines Vorgängers Abgang 1910 auch so gehandelt; er habe vorgelassen bei der kurzen „Korr.“-Debatte sich deshalb nur als „Stubenältester“ in der Redaktion bezeichnen. Es besteht also tatsächlich schon die von Söldner und Kraffer gewünschte kollegiale Redaktion. Das das vor 1910 anders gewesen ist, davon wüßte der Kollege Schaeffer noch ein Lied zu singen. Allerdings habe der erste Redakteur durch Führung der Korrespondenz, namentlich mit dem Vorstandsvorstande, mehr Arbeit. Wenn Söldner glaube, daß bei Ablehnung von Artikeln im kollegialen Einvernehmen ein besseres Verhältnis mit der Kollegialität bzw. den Artikelchefs erreicht werden würde, so ist das ein Irrtum insofern, als notwendig werdende Ablehnungen schon nach gemeinamer Aussprache erfolgen. Wenn es richtig wäre, wie Söldner meint, der nach seiner Auffassung eine persönliche Note gegen ihn in die Debatte getragen habe, dann hätte es doch in der Zeit vom Herbst 1916 bis Juli 1918, wo er allein in der Redaktion gewesen sei, Beschwerden über Ablehnungen geben müssen. Das war aber, wie die Generalversammlung in Würzburg 1918 gezeigt habe, nicht der Fall. Er trete also für die Gehaltsgleichstellung der Kollegen Schaeffer und Helmholz, mit denen er zwölf bzw. zehn Jahre zusammenarbeitete, ein; ob das aber richtig ist bei späteren Einstellungen von Redakteuren, müsse er in Frage stellen, denn es könne auch vorkommen, daß sich jemand nicht einarbeiten vermag.

Welsenberg spricht sich kurz gegen die Klasseneinteilung aus.

Albrecht (Köln) hält an der Vorlage der Kommission fest und empfiehlt unter kurzer Begründung gegenüber den in der Debatte gemachten Abänderungsvorschlägen die Kommissionsvorlage als die zweckmäßigste zur Annahme.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Mit großer Mehrheit werden alle Abänderungsanträge abgelehnt und die Kommissionsvorlage gegen wenige Stimmen angenommen; für die Schriftgießer werden 8000 Mk. Zuschuß zur Deckung der Kosten für ihre besonderen tariflichen Aufgaben bewilligt. Ein Antrag auf Schaffung einer Pensionskasse wird dem Vorstandsvorstand und den Gauvorstehern überwiesen, und zwar mit dem Auftrage, für die nächste Generalversammlung eine besondere Vorlage auszuarbeiten und vorzulegen. Die Pensionierung Eislers mit dreiviertel Grundgehalt und 50 Proz. der heutigen Steuerzulagen wird gegen eine kleine Minderheit angenommen. Damit war die Frage der Gehaltsregulierung erledigt.

Nun folgte eine längere Debatte über die Verhältnisse zur Vorstandswahl und zur Wahl der „Korr.“-Redakteure.

Freudenreich stellt fest, daß der geistige Kampf der Opposition zwar teilweise Berücksichtigung gefunden habe. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu einem einträchtigen Zusammenarbeiten in Zukunft noch zu überwinden sein werden, habe die Opposition sich bemüht, auch in den verschiedenen Kommissionen mitzuarbeiten, könne aber doch nicht davon Abstand nehmen, dem von der Kommission aufgestellten Kandidaten für den Posten des zweiten Vorsitzenden eine Gegenkandidatur entgegenzustellen, weil der geistige Kampf der Opposition auch an verantwortlicher Stellung im Verbandsorgan die Rechnung getragen werden sollte. Die Opposition vertritt daher darauf, einen der vorgeschlagenen Sekretärposten für sich in Anspruch zu nehmen. Dafür stelle die Opposition den Kollegen Uerath als Kandidaten für den Posten des zweiten Verbandsvorsitzenden auf. Bezüglich der Wahl der Redakteure für den „Korr.“ schlägt die Opposition unter Berücksichtigung der Kritik gegenüber Straß den Kollegen Böllcher vor, auch wenn eine Kollegialredaktion eingeführt werden sollte.

Miß könnte die Gründe der Opposition für die Aufstellung eines Kandidaten als zweiter Verbandsvorsitzender anerkennen, wenn dafür ein anderer Vorschlag gemacht worden wäre. Uerath habe sich im Tarifamt usw. nicht immer als konsequenter Vertreter der Opposition gezeigt.

Engelmeier tritt Miß entgegen und betont, daß Uerath nicht nur dem Kollegen Miß bekannt sei, sondern noch vielen andern Kollegen, die daher wohl in der Lage seien, die Befähigung Ueraths für den Posten als zweiter Verbandsvorsitzender zu beurteilen.

Söldner weist in Form einer persönlichen Bemerkung die Bedeutung Straß zurück, wonach er sich bei seinem Vorschlag auf Erhebung der Chefredaktion durch eine Kollegialredaktion von persönlichen Gründen habe leiten lassen. Für ihn käme einzig und allein die Sache und nicht die Person in Frage; und er wüßte nur, daß dieser sachliche Standpunkt in Zukunft auch im „Korr.“ mehr als bisher eingenommen würde.

Nach einigen weiteren persönlichen Auseinandersetzungen, während der die geschäftliche Durchführung der Wahl und die Auszählung der Stimmen geregelt werden, wird zur Beratung und Beschlußfassung zu Punkt XIV der Tagesordnung: „Bestimmung über den Ort der nächsten Generalversammlung“, getreten.

Auf Antrag 445 soll als Ort der nächsten Generalversammlung des Verbandes Hamburg bestimmt werden. Dieser Antrag wird von Böllcher kurz begründet und bestritten.

Seib weist jedoch darauf hin, daß schon die Dantscher Generalversammlung den Beschluß gefaßt habe, die nächste Generalversammlung als Jubiläumsgemeinschaft zur fünfzigjährigen Wiederkehr des Gründungstages des Verbandes in Leipzig als dem Gründungsort unseres Verbandes abzuhalten. Die Verhältnisse hätten jedoch die Ausführung dieses Beschlusses vereitelt. Auch die Würzburger Generalversammlung habe Leipzig als Tagungsort der ihr folgenden Generalversammlung bestimmt, was jedoch durch die teilweise Zerstörung des Leipziger „Volkshauses“ abermals, und zwar unter einstimmiger Zustimmung durch den Leipziger Gauvorstand, nicht durchgeführt werden konnte. Es sei daher zu empfehlen, daß diese Beschlüsse für die nächste Generalversammlung berücksichtigt werden.

Mit übergroßer Mehrheit wird hierauf Leipzig als Ort der nächsten Generalversammlung des Verbandes bestimmt. Alsdann wird in die Beratung des letzten (XV.) Punktes der Tagesordnung: „Beschlußfassung über weitere Anträge und Beschlüsse“, eingetreten. Der Antrag 446 (Weimar), der die Übernahme aller Angestellten innerhalb des Verbandes auf die Verbandskasse fordert, wird unter Hinweis auf die mit der angenommenen Gehaltsvorlage verbundenen Richtlinien auch für die Gawe und einzelnen Mitgliedskassen als erledigt betrachtet. Der Antrag 447 (Stensburg, Jheboe, Kiel), der die Einführung von Legitimationskarten wünscht, wird unter Berücksichtigung der hohen Papierkosten und der unauflösbaren Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Zurückverlangung bei Austritten oder Ausstülfen aus dem Verband und der dadurch möglichen Mißbräuche von Legitimationskarten als unzumutbar abgelehnt. Der Antrag 448 (Halle a. d. S.) bezüglich der Pressefreiheit wird durch die schon im Verlaufe der Tagung angenommene Resolution der Redaktionskommission zur Frage der Pressefreiheit (vergl. „Korr.“ Nr. 66, Bericht über die Vormittagsberatung des dritten Verhandlungstages, sechste Seite, mittlere Spalte) hinngemäß als erledigt betrachtet. Der Antrag 449 (Bremen) zum Papierwucher führt nach kurzer Diskussion unter Zusammenfassung der an den vorbereitenden Tagen schon mehrfach betonten Gesichtspunkte und Feststellungen auf diesem Gebiete zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

Die unbestreitbare Notlage des gesamten graphischen Gewerbes ist neben andern Ursachen in der unverhältnismäßigen Höhe der Papierpreise begründet. Die Folge dieser Zustände beeinflußt nicht nur in nachschärfster Weise die gesamte Lebenshaltung der graphischen Arbeiter, sie ruft außerdem eine lästbare Stilllegung bzw. Einschränkung der Arbeit und damit wachsende Arbeitslosigkeit hervor.

In Erwägung der Unhaltbarkeit dieser Verhältnisse stellt darum die zehnte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Einvernehmen mit den anwesenden Vertretern der übrigen graphischen Organisationen und gestützt auf die vorliegenden Anträge aus Mitgliedervereinen nachfolgende Forderungen an die Regierung:

1. Nachprüfung und scharfe Überwachung der Preispolitik in der Papiererzeugung mit dem Ziele der voll-

kommenen Sozialisierung. Diesen Maßnahmen müssen gleichlaufende bezüglich der Gewinnung der Rohstoffe und des Zellstoffs vorausgehen bzw. folgen.

2. Mitbestimmung der Arbeiterschaft bei der Festsetzung der Normenpreise.

3. Paritätische Bezahlung sämtlicher hierfür in Betracht kommenden Stellen.

4. Senkung der bestehenden Holzpreise mit Wirkung für das gesamte deutsche Staatsgebiet.

Ein Antrag Baufeld zur Arbeitslosenfrage, der wörtlich folgendermaßen lautet: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die zehnte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker fordert von allen hierfür in Frage kommenden Stellen einschneidende Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit; darunter fällt auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit, die durch die Solidarität der Arbeitenden durchzuführen ist“, wird einstimmig bestritten.

Massini verurteilt hierbei insbesondere den immer noch vorhandenen Überstundenunfug und fordert ein viel schärferes Einschreiten auf tariflichem Wege durch Einstellung von Arbeitslosen.

Selbbarth weist darauf hin, daß in Leipzig seit Ausbruch der Revolution keine Überstunde mehr geleistet wurde, deren Notwendigkeit vorher nicht durch den Gauvorstand anerkannt worden sei. Die achtstündige Arbeitszeit sei gesetzlich festgelegt und durch die entsprechenden öffentlichen Anstalten geschützt; es sollten diese nur rechtzeitig und in allen Fällen angerufen werden.

Solte beantragt, die Anregung Massinis als Ergänzung dem Antrag Baufeld beizufügen.

Baufeld bittet anzunehmen, daß wie in Leipzig in der Arbeiterfrage im ganzen Reiches gehandelt werden soll.

Hierauf wird der Antrag Baufeld mit Ergänzung Massini einstimmig angenommen.

Ein Antrag Pieczah, der bei Neuauswahlung von Anleitern der Konsumgenossenschaftlichen Grobhandelsvereine eine stärkere Beteiligung des Verbandes wünscht, wird nach kurzen finanztechnischen Erläuterungen der Bestimmungen über eine möglichst sichere und doch leicht bewegliche Anlage des Verbandsvermögens durch den Verbandskassierer in entgegenkommender Weise erledigt; wobei nach einer kurzen Debatte als beste Vorarbeit für eine sozialistische Produktionsform der Einfuhr aller Arbeiter in die Konsumvereine anerkannt wird.

Anträge des Maschinenlehrgangskongresses, die dahin gehen, daß durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die Ausfuhr von Maschinen und sonstigen graphischen Produktionsmitteln alle Habel in Bewegung gesetzt werden sollen, ferner die Erweiterung der tarifären Schutzvorschriften für die Maschinenlehrer, insbesondere bezüglich der Aufstellung der Schmalzmaschinen in besonderen Räumen usw., gefordert wird, werden nach kurzer Aussprache auch von der Generalversammlung dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Ebenso wird die Berücksichtigung eines Antrags des Maschinenlehrgangskongresses, wonach Kollegen, die sich in Zukunft noch an einem Wesschen beteiligen, aus dem Verband ausgeschlossen werden sollen, mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag Schaeffer, der den Verbandsvorstand dazu ermächtigen soll, die Erwerbung oder Errichtung eines Verbandshauses zur räumlichen Unterbringung und Zusammenfassung aller Zentralinstanzen des Verbandes und der graphischen Arbeiterorganisationen ins Auge zu fassen, wird mit großer Mehrheit angenommen; abgelehnt dagegen ein zweiter Teil dieses Antrags, der die Errichtung dieses Verbandshauses in Leipzig wünscht, weil infolge der Konzentration aller Instanzen und Körperschaften in Berlin, mit denen der Verbandsvorstand nach außen hin in Verbindung bleiben muß, die nötigen Voraussetzungen vorerft noch nicht gegeben sind.

Angenommen wird ferner ein Antrag des Verbandsvorstandes auf Erwerbung des Hauses in Berlin, in dem der Verbandsvorstand gegenwärtig seine Geschäftsräume hat.

Dreher begründet einen Antrag, wonach eine größere Verbreitung der Verbandsgeschäfte besonders unter den jungen Kollegen durch die Mitgliederversammlungen und sonstigen Vertrauensleute des Verbandes erfolgen soll, damit deren Kenntnis Gemeingut aller Kollegen werde. Die Anregung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine kurze Aussprache über Vorkommnisse der letzten Zeit im bezuglichen linksrheinischen Gebiete bei Zeitungsverboten usw. ergibt die Feststellung, daß es unzulässig sei, bei Zeitungsverboten die Gehälter ohne Kündigung zu entlassen. Eine weitere Schadloshaltung der Gehälter müsse durch den Staat übernommen werden.

Ein Antrag Freilag zur Abwehr von Auswüchsen auf dem Gebiete der Lehrungsvererbung wird unter Hinweis auf eine zukünftige gewissenhafte Durchführung der Lehrplangordnung und eine entsprechende schärfere örtliche Abwehr in Verbindung mit den graphischen Karikellen als erledigt beurteilt.

Nachdem noch der Mitgliedskasse Allenstein zur Deckung eines Verlustes von 560 Mk. durch Einbruchdiebstahl ein entsprechender Zuschuß zugebilligt und andere außerordentliche Unterfugungsgebühren einzelner Mitgliedskassen dem Verbandsvorstande zur Nachprüfung und kollektiven Entscheidung überwiesen worden waren, wurde einem Antrag Albrecht (Berlin) entsprochen, dem Stützpunkt der Invalidentenversicherung zu gewöhnen.

Auf Anfrage des Kollegen Seib, ob nun noch irgend ein Antrag vergessen worden sei, meldet sich niemand.

Hierauf wird das Resultat der inzwischen durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl der Vorstandsmitglieder be-

kanntgegeben: Von 141 abgegebenen und gültigen Stimmen entfielen auf den Kollegen Seib als 1. Vorsitzender 123, auf die Kollegen Krauß und Uerath 75 bzw. 61 Stimmen als 2. Vorsitzender; auf die Kollegen Giffel und Schweinitz als Kassierer je 119 Stimmen, auf den Kollegen Glaser als Hauptverwalter 118 Stimmen, auf die Kollegen Fülle und Söhne als Sekretäre 112 bzw. 116 Stimmen. Das Resultat der Stimmzettelwahl für die Redakteure des „Korr.“ ergab 140 gültige Stimmzettel; es entfielen auf Schaeffer 131, Helmholz 129, Straß 93 und auf Böllcher 43 Stimmen, 9 Stimmen waren zerstückelt.

Die Wahlkommissionen erklären als gemäßigt: Seib, als erster Vorsitzender; Krauß, als zweiter Vorsitzender; Giffel und Schweinitz als Kassierer; Glaser als Hauptverwalter; Fülle und Söhne als Sekretäre; als Redakteure sind gemäßigt: Schaeffer, Helmholz und Straß.

Seib dankt für das Vertrauen und verspricht nach bestem Gewissen und nach allen Kräften auch in Zukunft dem Verbands zu dienen.

Krauß erklärt, von der Aufstellung seiner Person als Kandidat für den Posten des zweiten Vorsitzenden stark überrascht worden zu sein, nicht minder überrascht sei er auch von der ihm zugefallenen hohen Stimmengahl; trotzdem könne er sich aber des Gefühls nicht erwehren, daß dadurch für ihn das Vertrauen nicht stark genug sei, daß er als einfacher Bezirksfunktionär es wagen dürfe, diesen verantwortungsvollen Posten als zweiter Verbandsvorsitzender anzunehmen. Es bittet, dieses Amt dem Kollegen Fülle zu übertragen und ihn in der Tiefe des Tales zu lassen, wo er nach wie vor nach besten Kräften für den Verband arbeiten und wirken werde.

Fülle lehnt in kurzen Worten eine Kandidatur ab.

Nach einer kurzen, aber äußerst sachlichen Debatte, in deren Verlaufe von Vertretern der Opposition erklärt wird, daß, nachdem ihr Kandidat für den Posten des zweiten Vorsitzenden nicht die genügende Mehrheit erhalten habe, auch sie gegen die Wahl des Kollegen Krauß nichts einzuwenden hätten, wird nach Zustimmung der Versammlung über die Kandidatur Krauß als zweiter Vorsitzender durch Handaufheben abgestimmt. Mit großer Mehrheit (gegen nur wenige Stimmen) wurde hierauf Krauß als zweiter Verbandsvorsitzender gewählt.

Krauß erklärt, nach dieser Entscheidung nicht anders handeln zu können, als die Wahl anzunehmen. Er fügte sich dabei auf das durch die letzte Generalversammlung anerkannte erweiterte Mitbestimmungsrecht der Kollegenschaft in wichtigen organisatorischen und tariflichen Fragen. Wenn er habe das Vertrauen zu der Kollegenschaft, daß sie sich bemüht sein werde, mit größerem Rechten auch größere Pflichten und eine ernste Selbstverantwortlichkeit zu übernehmen, wodurch auch dem Verbandsvorstand ein größeres Verständnis und Vertrauen zuteil werden könnte, was sicher auch ihm seine Pflichterfüllung erleichtern werde. In diesem Sinne danke er für das Vertrauen.

Schweinitz, Glaser und Fülle danken ebenfalls für das Vertrauen.

Krauß hat die Auffassung, daß der Ausfall der Wahl für die weitere Belegung des von ihm bekleideten Postens an die Generalversammlung von März 1908 erinnere. Damals habe es heisse Kämpfe um die gewerkschaftliche Neutralität gegeben und das Resultat war, daß der Kollege Rehfänger als erster Redakteur, obwohl nicht wie jetzt ein Gegenwärtiger für seinen Posten vorlag, 105 Stimmen (unter Abgabe auch von 26 weißen Stimmzetteln) erhielt, während auf ihn als zweiten Redakteur 118 Stimmen entfielen (14 weiße Stimmzettel). Früher habe es auch beim alten Kästel schon ein solches Auf und Nieder gegeben. Er liege das eben an gewissen zeitlichen Vorgängen und Strömungen, die jetzt viel schwierigeren Ausdruck angenommen haben und ihren Rückschlag dann bei der Wahl des an erster Stelle stehenden Redakteurs finden. Er danke den Belegierten, die ihm durch die Stimmabgabe ihr Vertrauen bekundet haben, und werde sein Bestreben darauf richten, im Geiste der Generalversammlungsbeschlüsse von Nürnberg zu wirken. Im übrigen wolle ja alle, die ihn näher kennen, daß er besser sei als sein Ruf.

Schaeffer dankt in kurzen Worten für das Vertrauen und verspricht, auch in Zukunft wie bisher seine Kräfte in den Dienst des Verbandes zu stellen. Gern hätte er allerdings gesehen, daß die Aussprache über den „Korr.“ nicht so früh abgebrochen worden, sondern auch ihm wie Helmholz das Wort erteilt worden wäre. Sicher wäre dadurch manches Mißverständnis, das ab und zu einen mehr persönlichen Charakter angenommen habe, aus der Welt geschafft worden. Denn ein großer Teil der Kritik richtete sich in ihren letzten Konsequenzen mehr oder weniger gegen das „System“, dem auch der „Korr.“ gleich allen übrigen Verbandsinstanzen unterworfen ist. Er müsse jedoch besonders betonen, daß das kollektive Zusammenarbeiten mit dem Kollegen Krauß ein sehr gutes sei; unbedacht prinzipieller oder sachlicher Meinungsverschiedenheiten, die sich eben aus einer ganz natürlichen unterschiedlichen Beurteilung der Verhältnisse ergeben und überall jutage treten müßten, wo im sachlichen Kampfe der Geister schließlich doch nur das Wesen aller sozialen Entwicklung wirke. In diesem Sinne werde er auf den neuen Organisationsgrundlagen wie bisher in kollektiver Weise seine Pflicht in der Redaktion des „Korr.“ erfüllen und das ehrenvolle Vertrauen der Gesamtkollegenschaft nach bestem Willen und Gewissen zu würdigen bestrebt sein.

Helmholz dankt allen, die ihm bei seiner Wiederwahl ihr Vertrauen schenkten. Die Erledigung des Gats der geistigen Leitung des Verbandes habe ihn keinesfalls befriedigt. Es seien dabei nach dem Motto „Geht mir nur ein Wort, ich bringe ihn an den Galgen!“ allgemeine Vorwürfe gegen die „Korr.“-Redaktion erhoben worden, ohne daß es deren einzelnen Mitgliedern infolge des ver-

zelligem Debattefortschritt möglich gewesen wäre, die Angriffe zurückzuweisen und die Schwierigkeiten zu schildern, unter denen die Redaktion zu arbeiten hat. Wie groß diese Schwierigkeiten seien, werde sich bereits in nächster Zeit wieder zeigen, wenn der Verlauf dieser Generalversammlung agitatorenhaft ausgemerzt werden würde. Solange die große Mehrheit der Mitglieder auf dem Boden der bisherigen Verbandspolitik und -tätigkeit steht, hat die Redaktion die Pflicht, danach ihre Schreibweise einzurichten. Unsere notgedrungen parteipolitische Neutralität orientiert sich an dem Bestreben, auf wirtschaftlichem Gebiet eine geschlossene Einheitsfront gegenüber dem Unternehmerium und der Reaktion aufrechtzuerhalten. Ein heißer geistiger Kampf sei in diesen Tagen hier geführt worden, und es sei selbstverständlich, daß von der Redaktion die nötigen Nutzenwendungen daraus gezogen werden für den geistigen Kampf, den sie nun fortzuführen müsse. Niemand könne in dieser aufgeregten Zeit von sich behaupten, daß er niemals geirrt, immer das Richtige getroffen habe. Man sollte daher meinen, daß alle diejenigen, die den Selbstkampf mit reinen und scharfen Waffen führen, sich als Kollegen wieder etwas näherkommen könnten. Diese Einigkeit sei die Grundlage, auf der die „Korr.“-Redaktion die Verteidigung der Gesamtinteressen wirkungsvoll zu führen imstande sei. Beim Verfassen des Sitzungsaals müsse die kollegiale Einigkeit als hergestellt gelten. (Lebhafte Beifall.)

Eiffert: Gestalten Sie auch mir am Ende einer 32jährigen Tätigkeit im Verbandsvorstand einige Worte, denn ich vermute wohl mit Recht, daß sich viele der Delegierten, mit denen ich durch meine Tätigkeit lange Jahre gearbeitet habe, über mein persönliches Votum von meinem Amte gewundert haben. Und ich muß Ihnen auch gestehen, daß dieser Rücktritt meiner eigenen Initiative nicht entsprungen ist. Ich hätte mir gar nicht getraut, einen derartigen Wunsch auszusprechen, da es mir widerstrebt, als Nutznießer des Verbandes dazustehen. Es hat sich aber mein Rücktritt lediglich aus der Anfrage eines Beliebers im Verbandsvorstand ergeben, ob ich trotz meines hohen Alters und meiner langjährigen Dienstzeit noch weiter zu amtierenden gedünke? Ohne weiteres habe ich diese Anfrage als gutgemeint angenommen und eingewilligt, daß mein Gesundheitszustand allerdings nicht mehr einwandfrei sei, daß ich Versicherungen geltend machen, besonders zunehmende Beschwerden durch Arterienverkalkung, die namentlich meine körperliche Bewegungen, vor allem aber das Gedächtnis stark beeinträchtigen. Ich erkenne deshalb die Notwendigkeit an, einer jüngeren Kraft mein Amt zu überlassen. Mit bewegter Stimme zeichnet der Redner hierauf ein anschauliches Bild seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im Dienste des Verbandes, indem er noch folgendes ausführt: Von den 51 Jahren meiner Mitgliedschaft im Verbands habe ich mehr als 40 Jahre im Dienste der Organisation gewirkt. Bereits 1873 bis Anfang 1875 war ich Vorsitzender des damals neugegründeten Breslauer Buchdrucker-Vereins. 1875 mußte ich meine Heimat verlassen, da dort für mich ein Unterkommen nicht mehr zu finden war; meine zweite Heimat fand ich dann in Berlin. Bald war ich hier in Kommissionen tätig und wurde Kassierer der örtlichen Tarifkommission. Im Jahre 1882 berief mich die Berliner Kollegenschaft zum zweiten Vorsitzenden, und von Anfang 1883 bis Ende 1888 amtierte ich als deren erster Vorsitzender. Im Herbst 1888 trat ich infolge Verlegung des Verbandsbüros nach Berlin in den Verbandsvorstand und übernahm wenige Wochen nach dem großen Auslande 1891 das Amt des Verbandskassierers. Es waren aufregende Zeiten, an die man heute nur ungerne zurückdenkt. 29 Jahre habe ich nun dieses Amt bekleidet und, wenn auch ungerne, nur dem körperlichen Belinden Rechnung tragend, scheide ich nun aus meiner Tätigkeit. Für Ihre Entgegenkommen durch meine Pensionierung sage ich Ihnen allen meinen herzlichsten Dank! Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr und hoffe, daß es Ihnen gelingen möge, die Einigkeit unter der Kollegenschaft zu erzielen; damit die nächste Generalversammlung ein Bild der Geschlossenheit der deutschen Buchdrucker biete, um die geschilderten Ziele der gesamten Arbeiterschaft endlich ihrer Verwirklichung näherzubringen! (Lebhafte und langandauernde Beifall.)

Malmörg: (Vertreter des Schwedischen Typographenbundes) dankt nochmals für die freundliche Einladung. Die Wogen der Debatte seien zwar manchmal sehr hoch gegangen, aber die Aussprache sei trotz aller Gegenfälligkeit mit erteilter Sachlichkeit geführt worden. Mit großem Interesse habe er die Auseinandersetzungen verfolgt. Es habe sich darum gehandelt, den Verband der Deutschen Buchdrucker den neuen Zeitverhältnissen anzupassen, und er habe den Eindruck erhalten, daß dies zum großen Teil gelungen sei. Die vielseitigste Tarifgemeinschaft habe starke Gegenläufe abgewiesen. Auch in Schweden sei das Vertrauen auf die Tarifgemeinschaft nicht so groß und ein enger Zusammenarbeiten mit den Unternehmern nicht so beliebt. Besonders die paritätischen Arbeitsnachweise seien keine wirksamen Waffen einer Arbeiterorganisation; in Schweden sei der Arbeitsnachweis in den Händen der Arbeiter und ermöglichte einen ganz anderen Einfluß auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse als eine Tarifgemeinschaft. Er ermöglichte eine starke Kontrolle über den ganzen Arbeitsmarkt im Interesse der Arbeiterschaft; das bedeutete letzten Endes einen höheren Lebensstandard der gesamten Arbeiterschaft. Der letzte große Generalstreik in Schweden habe die Notwendigkeit des Industrieverbandes gezeigt, da die Tarifgemeinschaft viele Arbeiter der einzelnen Berufsgruppen des graphischen Gewerbes zu Streikdruckerarbeit gezwungen habe. Es wird sich auch in Deutschland in Zukunft zeigen, daß die Buchdrucker allein keinen Generalstreik durchführen können.

Er bedaure ferner, daß in dem neuen Verbandsstatut das Wort Sozialismus nicht zu finden sei. Das ließe in Widerspruch zu den Vereinbarungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem auch die deutschen Gewerkschaften angeschlossen seien. Im Jahre 1919 habe der Internationale Gewerkschaftskongress in Bern erklärt, daß der Sozialismus zu erstreben sei und der Arbeiter nicht mehr als Ware beurteilt werden dürfe. Die einzelnen Gewerkschaften sollten daher auch in diesem Sinne arbeiten. In dem internationalen Gewerkschaftsbuch gegen die arbeitereindliche ungarische Regierung komme dieser Standpunkt in schönster Weise zur Geltung. Das sei praktische Gewerkschaftspolitik, der ja auch die deutschen Buchdrucker zugestimmt hätten. Darin zeige sich aber auch die Einigkeit, daß es zwischen Arbeitern und Unternehmern keine gemeinsamen Interessen gäbe, sondern nur Kampf bis zur Niederdrückung des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus in allen Ländern. In diesem Sinne nehme er Abschied von den deutschen Buchdruckern und wünsche ihnen für die Zukunft die besten Erfolge!

Seitz erwidert dem Vertreter der schwedischen Kollegen, daß es zwar sonst nicht üblich sei, daß ausländische Gäste in solcher Weise Kritik an den Ergebnissen einer deutschen Gewerkschaftsgeneralversammlung üben. Die Generalversammlung nehme aber die Ausführungen des Kollegen Malmörg zum Kenntnis als Ausdruck seiner Meinung und Erfahrungen aus den besonderen Verhältnissen seines Vaterlandes. Er bitte ihn, in seiner Heimat in objektiver Weise über den Verlauf und die Ergebnisse der zehnten Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu berichten. Zum Schluß dankt er dem Kollegen Malmörg noch für seine volle Teilnahme an unserer Generalversammlung und wünscht ihm glückliche Heimreise.

Siermi war das Arbeitspensum der X. ordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes erschöpft und dem Verbandsvorsitzenden verblieb nur noch die Aufgabe, den Verlauf und das Ergebnis der Tagung in einem kurzen Schlusswort zusammenzufassen, was mit folgenden Ausführungen geschah:

Seitz: Wir sind am Schluß unserer Tagung angekommen. Wenn wir auf die hinter uns liegenden Tage und Verhandlungen zurückblicken, dann kann man sagen und das Zeugnis ausstellen, daß tüchtig gearbeitet wurde, daß es eine Generalversammlung der Arbeit gewesen ist. Nun haben wir für das Verständnis und die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu Hause, jeder an seinem Platze, zu sorgen. Ich hoffe und wünsche, daß die Beschlüsse dieser Generalversammlung zu Ruh und Frommen der gesamten Kollegenschaft ausfallen mögen. Es ist zwar ab und zu Kritik an meiner nachsichtigen Sanftmütigkeit der Geschäftsordnung geübt worden; demgegenüber kann ich nur sagen, daß ich mich dabei von dem Bestreben leiten ließ, eine einige Kollegenschaft für die Zukunft zu erzielen. Es ist leider nicht gelungen, dieses Ziel vollständig zu erreichen. Aber das war auch, aus früheren Generalversammlungen nicht immer möglich, obwohl ich häufiger Zeiten die Schwierigkeiten in prinzipieller wie materieller Hinsicht viel kleiner waren als diesmal, wo so ernste und große Probleme zur Verhandlung standen. Wenn wir die Beschlüsse überdenken und den ruhigen, sachlichen Verlauf der Verhandlungen in Betracht ziehen, so darf wohl gesagt werden, daß die Geschäftsführung der Versammlungslösung viel dazu beigetragen hat, daß auch für die Zukunft die Hoffnung auf ein besseres gegenseitiges Verhalten in der Allgemeinheit der Kollegenschaft berechtigt ist. Wir haben nun die Grundzüge festgelegt, nach denen in Zukunft gearbeitet werden soll. Es soll eine Neugestaltung der Tarifgemeinschaft im Geiste der neuen Zeit erstrebt und durchgeführt werden. Es wurde dazu noch eine besondere Kommission eingesetzt. Wir wünschen diesen Instanzen viel Glück. Ob das Ergebnis der zukünftigen Tarifberatungen ein gutes für die Gehilfenschaft sein wird, steht noch dahin. Wir haben ferner unsern Standpunkt zu den Arbeitsgemeinschaften festgelegt. Wir erkennen in ihnen kein Mittelmittel; es gibt auch in dieser Hinsicht viele Wege, die nach Rom führen. Der Gewerkschaftskongress hat aber die Arbeitsgemeinschaften anerkannt; es wäre ein Unding, wenn wir Buchdrucker einen andern Weg beschritten hätten. Es soll nun in dem Sinne weitergearbeitet werden, bis der nächste Gewerkschaftskongress auch nach dieser Richtung wieder neue Richtlinien aufstellt. Das Verbandsstatut wurde in seinen prinzipiellen Grundgedanken der neuen Zeit angepaßt, das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in organisatorischen und tariflichen Fragen erweitert und damit den Wünschen der Kollegenschaft in weitgehendem Maße entsprochen. Durch die Schaffung einer Zehnjährsorganisation wurde unserm Verband ein neues Glied angefügt. Es ist ein Versuch, das junge Element im Buchdruckergewerbe für unsere kulturelle Zukunftszukunft zu gewinnen. Möge auch diese Organisation ein wirldiges Glied des Verbandes werden. Im Namen der Gehilfen wünsche wir diesem jungen Reis am Baume des Verbandes ein fröhliches Wachsen und Gedeihen! Die Aussprache über unsere internationalen Beziehungen und das Internationale Buchdruckersekretariat hat das einmütige Bestreben erkennen lassen, daß in Zukunft auf diesem Wege die Bande der Internationalität zwischen uns und den ausländischen Brüdervölkern noch fester geknüpft werden sollen. Die Stellungnahme zum Problem eines Graphischen Industrieverbandes hat zunächst zur Anerkennung der Satzungen des Graphischen Bundes geführt. Es wurde weiterhin festgelegt, daß die Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes möglichst bald herbeigeführt werden soll. Aber die Erreichung dieses Zieles wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Es wird jedoch alles versucht werden, um diesem Gedanken näherzukommen. Den Sparten wurde ein erhebliches Mitbestimmungsrecht durch deren Eingliederung in die Ver-

bandsinstanzen eingeräumt. Gleichzeitig wurde aber auch der Weg zu einer Handwerkerpartie freigelegt. Dieser Weg wird zwar nicht so leicht zu beschreiten sein. Aber die Handwerker müssen das Recht haben, in besonderen Veranlassungen auch zu ihren eigenen Berufszweigen Stellung zu nehmen. Das wird sicher keine Zerkümmung im Verbands herbeiführen, sondern nur gleiches Recht für alle bedeuten. Bei der neuen Festlegung des Unterhaltungszeitens konnten nicht alle Wünsche befriedigt werden; die dafür nötige Beitragserhöhung wäre zu groß geworden. Mehr als bis jetzt zu tun, kann nicht mehr als gewerkschaftliche Aufgabe beurteilt werden. Dagegen soll mit aller Kraft eine Erweiterung der sozialen Gesetzgebung erstrbt werden. Für die beschlossene Gehaltserhöhung der Verbandsangestellten werden diese durch treue Pflichterfüllung auch in Zukunft dankbar sein und das durch die Wahl zum Ausdruck gekommene Vertrauen nach jeder Richtung zu rechtfertigen suchen. Besonderer Dank gebührt auch den Vertretern der übrigen deutschen graphischen Verbände wie jenen des Auslandes, nicht zuletzt auch dem Kollegen Schleich für seine aufklärenden Ausführungen. Allen Teilnehmern an der Generalversammlung wünsche die Verbandsverwaltung ein glückliche Heimreise. Mögen die gewonnenen Einblicke das Bewußtsein stärken, daß wir eine Generalversammlung hinter uns haben, deren sachliche Arbeit der Gesamtkollegenschaft zum Segen gereichen kann. Herzlichen Dank schulde die Generalversammlung auch der Nürnberg-Kollegenschaft, die in später Stunde erst vor die Aufgabe gestellt wurde, die Generalversammlung in ihrem Kreise zu übernehmen und durchzuführen. Sie habe es verstanden, ohne große Festschicklichkeiten dieser Aufgabe gerecht zu werden und hat dennoch den Delegierten unvergeßliche Stunden der Erinnerung an Nürnbergs historische und künstlerische Eigenheiten vernichtet. Die Nürnberger Buchdruckerfänger haben Großes geleistet und den Delegierten in mehrfacher Weise herrliche Proben ihrer Leistungsfähigkeit gezeigt. Ihnen sei dafür von ganzem Herzen gedankt. Die Festvorstellung im Nürnberger Stadttheater durch Vorführung der „Meisterfänger von Nürnberg“ war für die Delegierten ein Erlebnis von so lebender Art, wie dies ihnen anderwärts kaum eindrucksvoller beschiden sein dürfte. Der Rundgang durch die Stadt mit ihren wundervollen historischen, natürlichen und künstlerischen Sehenswürdigkeiten unter Führung des Herrn Professor Traugott Frick Schulz, Konservator am Germanischen Nationalmuseum, wird für alle Teilnehmer eine herrliche Erinnerung bleiben. Das alles verpflichtet uns zu großer und herzlicher Dankbarkeit gegenüber der gesamten Nürnberger Kollegenschaft. (Lebhafte Beifall.)

Beltschmidt dankt im Namen der Nürnberger Kollegenschaft für diese ehrenvolle Anerkennung und bittet, den guten Willen für die Tat sowie die herzlichsten Grüße für alle deutschen Kollegen aus Nürnbergs Mauern mit nach Hause zu nehmen.

Maffini ergänzt dem Dank des Verbandsvorsitzenden an die Nürnberger Kollegenschaft durch besonders herzliche Dankesworte an den Kollegen Beltschmidt, der an persönlicher Aufopferung für ein gutes Gelingen der Generalversammlung das Menschenmögliche getan habe, um allen Delegierten den Aufenthalt in Nürnberg je angenehmer wie möglich zu machen. Gleichzeitig dankte er auch dem Verbandsvorsitzenden und allen Kommissionen für ihre mühevollen Arbeit, der es zum großen Teil zuzuschreiben gewesen sei, daß der Verlauf und die Ergebnisse dieser denkwürdigen Generalversammlung zu einem guten Abschluß geführt haben. In stolzer Erinnerung an diese Tagung werde es möglich sein, daß die deutschen Buchdrucker getreu dem alten Spruche der Schweizer: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ in Zukunft zusammenstehen und nicht wanken und nicht weichen werden!

Seitz: Damit sind wir am Schluß der Generalversammlung angekommen. Ich wünsche allen Delegierten eine glückliche Heimkehr und bitte, dafür zu sorgen, daß in der nächsten Zeit Einigkeit und Geschlossenheit die deutsche Kollegenschaft verbinden. In diesem Sinne schreibe ich die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Richtigstellungen: Auf Seite 5 in Nr. 68 des „Korr.“ ist in den Ausführungen von Schmidt (Berlin) in der achten Zeile Metallarbeiterverbandstag (statt Metallarbeiterfreitag) zu lesen. Ferner muß es in der gleichen Nummer in der zweitletzten Zeile der ersten Spalte heißen: „Für den Antrag auf Abschaffung stimmten Baumgärtner (Mugsburg)“ nicht (München); schließlich ist in der Abstimmungsliste Schippers (Dortmund) zu streichen und an dessen Stelle Weber (Elberfeld) zu setzen.

V. Deutscher Maschinenmeisterkongress zu Nürnberg

Selt 1914 war es den Maschinenmeistern das erstmal wieder vergönnt, zusammenzukommen, um über das Wohl und Wehe ihres engeren Berufs zu beraten und zu beschließen. Die Tagung war auf den 11., 12. und 13. Juni festgelegt und war von 23 Delegierten besetzt; dazu die Zentralkommission mit fünf Vertretern. Der Verbandsvorsitzende war durch die Kollegen Franz Höner und Bruno Schweiß, der „Korr.“ durch Karl Schaeffer, der Bildungsvorstand der Deutschen Buchdrucker durch Bruno Dreßler vertreten. Als Gäste waren die Kollegen Franz Baler, Hans Würmlin, Lorenz Eschmayer (Nürnberg), Willi Laubitz und Alfred Kämpfe (Sena) anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kassenbericht;

2. Bestätigung der Zentralkommission; 3. Organisations- und Tarifliches; 4. Fortbildungsbewegungen; 5. „Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“; 6. Verschiedenes. Der Geschäftsbericht wurde von Seherer erstattet. Nach Begrüßung der Erschienenen und ehrenden Worten für die gesunkenen und verstorbenen Kollegen ging der Vortragende zunächst auf die Graphische Weltausstellung in Leipzig und die dort in Augenchein genommenen technischen Fortschritte ein. Es war unbestreitbar, daß das deutsche Buchgewerbe an der Spitze marschiere und als Sieger aus diesem Weltwettbewerb hervorgeht. Auf dem vierten Leipziger Maschinenkongress selbstgeleitete Richtlinien konnten leider durch Ausbruch des Weltkrieges nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Hierauf ging der Referent auf die Mobilisierung ein; wobei er die Auflösung der Zentralkommission sowie in den Vereinen schilberte. Dadurch wurde ein gediegenes Arbeitsunterband, weil einzelne Vereine ganz von der Bildfläche verschwanden, während andre durch die Mobilisierung nicht mehr recht lebensfähig waren. Die Schäden der einseitigen Berufsausbildung mußten durch die schnell ins Leben gerufenen Fachkurse so gut wie nur möglich ausgeglichen werden. Er streifte dann den ungenügenden Lohn in dieser schweren Zeit, das Ansehen der Flachdrucker an der Rotation und die damaligen Bekanntmachungen des Tarifamts. Einen größeren Teil seiner Ausführungen widmete er der Broschüre über die „Zurichtung“ vom Leipziger Maschinenmeisterverein, ebenso den Merkblättern für die Rotation, die mit Hilfe der Zentralkommission ausgearbeitet wurden. Der Referent streifte dann seine Tätigkeit im Tarifamt, dabei betonend, daß ihm der dabei gewonnene Einblick in die allgemeinen Verhältnisse sehr gute Dienste leistete, um einen Überblick über das Gewerbe zu erhalten. Den Buchdruckerei und seine Tätigkeit kurz streifend, ging der Referent auf die schlechten Arbeitsmaterialien ein, die dem Gewerbe durch die Rüstungsindustrie aufgeschleppt wurden und als schlechte Ersatzmittel ein hohes Arbeitsunmögliches machten, ja zum größten Teil als gesundheitsgefährlich anzupreisen sind. Der Broschürenverlag war das Schmerzenskind der Sparte; was hauptsächlich wegen des Urheberrechts und der benötigten Geldmittel große Schwierigkeiten hervorrief und zu einem Bündnisse mit der Typographischen Gesellschaft führte. Nach einigen Ausführungen über die Arbeit und Schaffen des Schriftstellers ging der Referent auf die Neuzeit über. Er streifte den Bestrebungsstempel der Arbeiter und die daraus für unsre Kollegen erfolgten Änderungen in Lohn- und sonstigen tariflichen Bestimmungen, das Ausschneiden der Berufsfremden und den Einstellungsstempel für die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen. Er erläuterte dann die Vorarbeiten zur Tarifrevision, zur Generalversammlung und zum jetzigen Spartenkongress. Den Delegierten waren dadurch wertvolle Unterlagen gegeben, worauf aufgebaut werden konnte und wurde. Das Verhältnis zu den andern Sparten und dem Verbandsvorstande bezeichnete der Referent als ein gutes. In der Diskussion wurde festgestellt, daß außer den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu leisten war. Es wurde dem Kollegen Seherer dafür der Dank des Kongresses ausgesprochen.

Der Kollege Schulze erstattete dann den Klassenbericht, der keine Veranlassung zur Debatte gab. Dem Klassenbericht schloß sich ein Referat über die Neuorganisation der Sparte an. Es wurden dabei alle neueren Satzungen begründet. Nach einer Generaldebatte wurden die Satzungen einer Kommission überwiesen, die durch einige Änderungen und Neufassungen eine für die Druckerpartie sicher ersprießliche Arbeit leistete.

Der Punkt „Tarifliches“ wurde von dem Kollegen Ackermann in ausführlicher Weise behandelt. Es fanden die von der Zentralkommission vorgeschlagenen Richtlinien allgemeine Anerkennung. Der Punkt „Fortbildungsbewegungen“ wurde gefolgt und von den Kollegen Erbs und Ansdorf in ausführlicher Weise vorgetragen. Die in der anschließenden Debatte geäußerten Wünsche werden von der Zentralkommission Berücksichtigung finden; vor allen Dingen soll dem Maschinenwesen die ganze Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der „Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“ fand in Kollegen Erbs einen warmen Vertreter. Sein Referat klang in dem Wunsche aus, diese besondere Fachschrift der Maschinenmeister zu erhalten und auszubauen, um so ein Bindeglied zu haben und die Kollegen über alle speziellen technischen, tariflichen und organisatorischen Fragen aufzuklären. In der Debatte wurde allgemein erklärt, daß der „M. i. B.“ bis jetzt den Anforderungen nicht genügt, aber ausgebaut werden und öfter erscheinen müsse. Die Verschmelzung mit den „Typographischen Mitteilungen“ konnte unter den jetzigen Verhältnissen noch nicht aufgegeben werden, was auch der Vertreter des Bildungsverbandes aus Grund der jetzt bestehenden schwierigen Verhältnisse hoffentlich anerkennen. Unter „Verschiedenes“ nahm den breitesten Raum die Broschüre „Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse“ von dem Kollegen Rauch in Ekstase in Anspruch. Der Verfasser war zur Begründung der Notwendigkeit seiner Broschüre selbst erschienen, konnte aber den Kongress nicht überzeugen und es wurde ihm entgegengehalten, daß das von ihm als neu empfohlene System sowohl schon in großen, ausgeleiteten Betrieben seit langem im Gange ist. Das Herausgeben dieser Broschüre wurde als verbandsschädigend bezeichnet und folgende Resolution angenommen:

Der V. Deutsche Maschinenmeisterkongress nimmt Stellung zur Broschüre „Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse“. Einstimmig wird protestiert gegen eine Festlegung von Grundrissen, zu deren Durchführung jede wirtschaftliche Voraussetzung fehlt. Unter voller Verkenntung der tatsächlichen Verhältnisse lacht Kollege Rauch eine Arbeitsmethode einzuführen, welche nach Auffassung des Kongresses eine Schädigung der gewer-

schäftlichen Interessen bringt. Die Versammelten leben in der Broschüre des Kollegen Rauch eine rein persönliche Geschäftsfrage. Die Generalversammlung wird ersucht, mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Tätigkeit irgendwelcher Kollegen Front zu machen. Man muß erwarten, daß die Kollegen vor Veröffentlichung solcher Ideen sich mit den Instanzen des Verbandes unter Vorlage des Manuskriptes in Verbindung setzen und dadurch besorgen, daß es ihnen ernst ist, praktische und nützbringende Arbeit für die Geschlossenheit zu leisten. Mit einem Verstoß gegen diese Grundätze stellt sich Kollege Rauch außerhalb der gewerkschaftlichen Prinzipien des Verbandes. Damit schloß der sehr anregend verlaufene Kongress, der den Beweis erbrachte, daß die Maschinenmeister nicht gewillt sind, Sonderrechte zu verlangen, sondern sich einfülen mit der Kollegenschaft zum Wohl und Nutzen der Sparte und des Verbandes.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Eine Verschmelzungsaktion der Konsumvereine
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und der konsumgenossenschaftliche Teil des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften werden binnen kurzem ein geschlossenes Ganzes bilden, womit die ganze deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung nahezu einheitlich zusammengeschloß ist. Wenigstens dürften dann von den 3200000 deutschen Konsumvereinsfamilien nicht weniger als 3 Millionen dem Zentralverband angehören. Die übrigen 200000 dürften zum größten Teil dem „christlichen“ (Schlachten) Reichsverbande deutscher Konsumvereine, beheimatet in Rheinlands-Westfalen, und „Umgegend“ angehören. Ein kleinerer Teil zieht es vor, ganz allein seine Wege zu „strofen“.
Mit der Verschmelzung wird eine Tatsache von besser wirtschaftlicher Bedeutung geschaffen, da die geschäftlichen Zentralorganisationen der deutschen Konsumvereine nun für das Ganze und nicht nur für einen, wenn auch größeren Teil nutzbar gemacht werden können, und ferner nicht die Gefahr besteht, daß von dem andern Teile dieselben Einrichtungen geschaffen werden müssen. Dies betrifft vor allem die Großverkaufsgesellschaft und die Verlags-gesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Organisation der Verbraucher, Zentralisierung ihrer großen Unternehmungen — das muß die Parole der neuen Wirtschaft sein.

Im übrigen ist es von mehr als nur genossenschafts-förderlichem Interesse, daß die Konsumvereine der beiden Zentralorganisationen sich vereinigen werden. Denn im Jahre 1902 hat die ältere, der Allgemeine (Krüger'sche) Verband, so etwa 100 Konsumvereine, darunter den ganzen Verband sächsischer Konsumvereine, aus der Organisation ausgeschlossen — „von wegen“ angeblicher politischer Tendenzen. Daraufhin wurde 1903 in Dresden der Zentralverband deutscher Konsumvereine gegründet, der bald zum eigentlichen Mittel- und Sammelpunkte des deutschen Konsumvereinswesens wurde, wie er denn auch ohne die bevorstehende Verschmelzung in 1127 Konsumvereinen 2.300.000 Mitglieder, also die weitaus grobe Mehrzahl (zwei Drittel), umfaßt. Eine solche Verschmelzungsaktion auf gesunder Grundlage würde auch der deutschen Arbeiterklasse gut sein!

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg

Ist mit ihrem Geschäftsberichte für das Jahr 1919 heraus- gekommen, soweit er den Umsatz betrifft. Dieser ist mit 13308203 Mh. angegeben, gegen 8175709 Mh. im Jahre 1918. Davon entfallen auf die Abteilung Buchdruckerei und Papierwarenfabrikation 10498081 Mh. (1918: 6610914 Mh.). Die Verlegerabteilung hatte an Umsatz 2709033 Mh. (1918: 1463772 Mh.). Die Elektrographische Werke wiesen an Umsatz auf 101089 Mh. (1918: 101023 Mh.). Die Zunahme des Umsatzes ist mit wenigen Ausnahmen durch die höheren Preise bedingt. Es konnte jedoch in einzelnen Abteilungen, hauptsächlich in der Papierwarenabteilung und der Rollenmarkenfabrikation, auch ein Mehrumfaß hinsichtlich der Menge erzielt werden. Während im ersten Werteljahre noch ein großer Mangel an Aufträgen vorhanden war, hat sich die Sachlage seit Mai 1919 dahin verschoben, daß durch die Gründung von neuen Konsumvereinen und auch durch den Mehrumfaß der bestehenden Vereine, der durch die Wiedereinführung des Handelsverkehrs mit dem Auslande bedingt war, im letzten Quartal des Jahres 1919 ein großer Bestand an Aufträgen vorhanden war.
Inzwischen hat die Generalversammlung der Gesellschaft stattgefunden, so daß ein abschließendes Urteil über diese für den Buchdrucker besonders interessante blühende genossenschaftliche Unternehmung noch folgen wird. []

□ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □

Mietssteuer
Ohne wesentliche Zuschüsse seitens der Behörden ist es zur Zeit in Anbetracht der enorm gestiegenen Kosten des Baumaterials fast unmöglich, die Herstellung von Wohnungen zu ermöglichen. Der preußische Fiskus hatte zu diesem Zwecke nennenswerte Gelder ausgeworfen; gegenwärtig ist er dazu jedoch nicht mehr in der Lage. Um nun die Baukäuflichkeit nicht vollständig lahmzulegen, wandte sich das preußische Ministerium an das Reichsfinanzmini-

sterium, um von dieser Stelle die erforderlichen Mittel zu erhalten. Seitens des Reichsfinanzministers wurde erklärt, dem preußischen Wohnbauministerium die geforderten Summen zur Verfügung zu stellen, wenn ihm von den Parteiführern der Nationalversammlung die Gewähr dafür gegeben wird, eine Deduktion für diese Ausgaben zu ermöglichen. Daraufhin hat das preußische Wohnbauministerium vorgeschlagen, eine zehnprozentige Steuer auf die Mieten zu legen, die von Hausbesitzern und Mietlern getragen werden, und deren Ertrag für die Zwecke des Wohnungsbaues verwendet werden soll. Man gedenkt damit die Mietpreiserhöhungen, die ja doch nicht ausbleiben, so lange die ungeheure Wohnungsnot nicht gelindert wird, von Staats wegen hinwegzuföhren und zur Bekämpfung der Ursache der Mietpreiserhöhungen, eben des Wohnungsmangels, durch den Wohnungsabbau zu verwenden. Allerdings gebühren zu einer nennenswerten Förderung des Wohnungsbaues gemaltige Mittel, die aber auch ihren Zweck erreichen würden, indem sie eine allgemeine Erhöhung der Käuferwerte, die der Allgemeinheit immensen Schaden bringt, verhindern.

Käuferwerte

Ein neues Haus kostet heute etwa zehnmal soviel als früher; aber auch die alten Häuser sind — trotzdem Reparaturen wenig oder gar nicht vorgenommen worden sind — angesichts der fortgeschrittenen Metallsteigerungen erheblich im Werte gestiegen. Um eine Einsicht über die Bewegung der Käuferwerte zu erlangen, hat der Direktor des Statistischen Amtes, Dr. A. Kuczynski in Berlin-Schöneberg, eine Statistik über die Veränderung in den Kaufpreisen aufgenommen, die sich auf 288 in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1920 verkaufte Häuser erstreckt. Seit dem Herbst 1919 befinden sich — wie aus dieser Statistik hervorgeht — Hausverkäufe sowohl wie Käuferwerte in besonders aufsteigender Linie, was man zweifellos an den Stand der deutschen Walaia sowie auf das Bestreben kapitalkräftiger Kreise, ihre Kapitalien möglichst in realen Werten anzulegen, zurückführen muß. Während der Kaufpreis der durch die Statistik ermittelten 123 in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 verkauften Häuser im ganzen um 1,4 Proz. geringer war als der gemeine Wert, Gewinne und Verluste sich in dieser Zeit etwa die Waage hielten, überwoogen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1919 die Gewinne schon merklich die Verluste; der Kaufpreis war im ganzen um 8,8 Proz. höher als der gemeine Wert. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1920 war der Kaufpreis im ganzen um 19 Proz. höher als der gemeine Wert; die Gewinne überwoogen demnach beträchtlich die Verluste. Inzwischen dürften die Käuferwerte noch ganz gewaltig gestiegen sein.

Eine zeitgemäße Organisationsform

Ende vorigen Jahres wurde in Freiburg i. Br. eine Organisation gegründet, die den Namen Deutscher Volksbund für Wohnungsreform (D. V. B.) führt und die berufen sein kann, auf dem Gebiet unseres Wohnungswesens bahnbrechend zu wirken; vorausgesetzt, daß der Bund die erforderliche Ausbreitung erfährt und ihm Mitglieder erstehen, die ernstlich gemitt und auch befähigt sind, den unter der Wohnungsnot leidenden Massen der Bevölkerung endlich einmal günstigere Verhältnisse zu schaffen. Einzelpersonen, Vereine sowie Körperschaften aller Art können dem Bunde, der in enger Zusammenarbeit mit dem Bunde deutscher Bodenreformer zu wirken gedenkt, als Mitglieder angehören. Der jährliche Bundesbeitrag beträgt für korporativ angegliederte Mitglieder 50 Pf., für jedes Einzelmitglied mindestens 5 Mh., für Körperschaften, wie Gemeinden, Industriellen und dergleichen, mindestens 50 Mh. Der Zweck des Bundes, durch den breitesten Zusammenschluß aller an der Wohnungsfrage Interessierten eine halbjährliche durchgreifende Erneuerung unseres Wohnungswesens zu verwirklichen, soll erreicht werden durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung und die Behörden, durch Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen aller Art, durch Herausgabe von Schriften, Flugblättern, Plakaten und einer Zeitungskorrespondenz sowie durch Abhaltung von Führerkursen. rk.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 1. Juli kann unser Kollege Karl Rehle (geboren 1853 in Wellenberg, seit Gründung der „Vorwärts“-Buchdruckerei dort als Seherfaktor tätig) auf eine 50jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. In Rehle, der schon als Kind durch den Verlust des Vaters die Sorgen des Proletariats in reichem Maße zu fühlen bekam, erwachte frühzeitig das Zusammengehörigkeitsgefühl. Er erkannte bald, daß der Mensch als einzelner machtlos ist, er wußte, daß nur in der Vereinigung der Mensch zum wirklichen Menschen werden kann. Schon mit 17 Jahren wurde er Mitglied des Verbandes und hat an dessen Entwicklung, an den inneren und äußeren Kämpfen, an seinen Siegen und Niederlagen regen Anteil genommen. Noch im Besitze seiner vollen Arbeitskraft, in jenseitiger Frische an Geist und Körper, weilt er heute in untrer Mitte. Seine zahlreichen Freunde und Kollegen bringen ihm zum heutigen Jubeltage ihre herzlichsten Glückwünsche dar. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Kreise seiner Lieben, in der Mitte seiner Kollegen zu wirken und zu schaffen. Möge er recht bald den (Fortsetzung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 71. — Leipzig, den 1. Juli 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Vorschau aus dem Hauptblatt.)

Tag miterleben, an dem die Arbeiterchaft wieder verböhnt und vereint dem großen gemeinsamen Ziele zutreibt, zum Wohle der gesamten Menschheit!

Berlin. Das goldene Berufs Jubiläum kann am 3. Juli unser Kollege Richard Binder in der Buchdruckerlei Julius Siffenfeld begehen.

Bremerhaven. Am 12. Juni konnte Kollege H. Segelke, Faktor in der „Provinzialzeitung“, auf seine 50jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. In emsiger und unermüdlicher Arbeit hat er zum Aufblühen der Organisation wesentlich beigetragen. Als Kollege Segelke am Morgen des Jubiläumstages seinen mit Blumen geschmückten Platz in den Räumen der „Provinzialzeitung“ betrat, klang ihm ein Lied, gesungen von der „Exposgraphia“, entgegen. Anschließend wurden dem Jubilar Wünsche von der Geschäftsleitung, dem Personal und dem Verband überbracht. Mancherlei Geschenke wurden ebenfalls unter anerkennenden Worten gestiftet. Abends hatte sich die Kollegenchaft zu Ehren des Jubilars zu einer erhebenden Feier zusammengesunden. Glückwünsche und Begrüßungen wurden hier ebenfalls im Namen des Hauptvorstandes, des Gaues und des Ortsvereins ausgesprochen. Verschiedene Geschenke waren der Beweis allseitiger Anerkennung für seine dem Verbands gefleistete Treue und intensive Mitarbeit. Der Jubilar dankte sichlich bewegt für die ihm zugehenden Aufmerksamkeit. Wir wünschen dem Jubilar, daß er noch viele Jahre hindurch in den Reihen seiner Kollegen weilen und Freude und Glück sein ferneres Leben bekränzen mögen. Eingedenk der aufopfernden Tätigkeit unrer Väter, das was das Gelingen aller anwendenden Kollegen, wollen wir Mut und Kraft aus ihrem Kampfgeist schöpfen, um das durchzuführen, was den alten Kämpfen nur noch Hoffnung bleibt, nämlich den Aufstieg des schaffenden Volkes zum wahren Menschentum.

-y- Hamburg. Inser Gauvorstand hatte im April und Mai die Ehre, wiederum zwei Kollegen zu ihrer 50jährigen Verbandsmitgliedschaft seine Glückwünsche darzubringen. Es waren dies die Kollegen C. Kühn aus Altona und W. Müller von hier. Beide sind seit vielen Jahren in der Druckerlei der „Hamburger Börsehallen“, G. m. b. H., als Seher tätig. Bei guter Gesundheit und in voller Rüstigkeit konnten die Genannten ihr 50jähriges Verbandsjubiläum im engsten Familienkreise feiern. Möge ihnen noch lange ein besserer Lebensabend beschieden sein!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Messeprüfung. In Breslau legten die Kollegen Erik Kippel, Georg Aroll und Karl Weber die Messeprüfung mit Erfolg ab.

Reaktionäres aus einer Arbeiterdruckerlei. Wie der Berliner „Vorwärts“ berichtet, lüch die Geschäftsleitung der „Freiheit“ ganz eigenartige Prinzipien bei der Einstellung von Personal für die eigene Druckerlei in Anwendung zu bringen. Dieser Tage liebedte die „Freiheit“ von der Lindenbruckerlei in den eigenen Betrieb über. An der Herstellung der „Freiheit“ war ein Personal von 85 Mann aller Kategorien beteiligt. Auf das Verlangen des Betriebsrats, dieses Personal mit zu übernehmen, wurde zunächst geantwortet, daß man gar nicht daran denke, allen Bruch zu übernehmen, und dann, daß man überhaupt nicht daran denke, weil, nach Ansicht der Geschäftsleitung der „Freiheit“, dieser bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat über anteilige Bezahlung der Generalstreiks und des 1. Mai die Pistole auf die Brust gesetzt worden sei. Schließlich wollte man, da schon reichlich Personal ohne Berücksichtigung der Arbeitsnachweise engagiert sei, einen Teil der noch fehlenden 30 Arbeitskräfte übernehmen. Es kämen aber nur Leute in Frage, die im Falle der Gefahr mit der Waffe in der Hand sich für die Druckerlei einsehn. Hauptfehler und Mängelvergeß seien ausgeschlossen. Ein 50 Proz. kriegsbeschädigter Korrektor wurde abgelehnt, weil er SPD-Mitglied ist.

Stinkt im Stuttgarter „Staatsanzeiger“. Wie die Tagespresse meldet, haben am 25. Juni Differenzen zwischen Personal und Geschäftsleitung der Stuttgarter Buchdruckerergewerkschaft, A. G., in der u. a. auch der „Staatsanzeiger“ hergestellt wird, zu einem Streik geführt, der zur Folge hatte, daß die Zeitung nicht erscheinen konnte. Einigungsverhandlungen wurden sofort eingeleitet; über deren Ausgang lind wir jedoch noch nicht unterrichtet.

Berliner Zeitungspreise. Seit 1. Juni kosten das „Berliner Tageblatt“ und die „Vollische Zeitung“ monatlich 15 Mk., die „Kreuzzeitung“ und die „Berliner Börsenzeitung“ je 12 Mk., der „Berliner Börsenkurier“ 10,50 Mk., „Vorwärts“ und „Freiheit“ je 10 Mk., „Volkszeitung“ und „Morgenpost“ je 7,50 Mk.

Gewerkschaftliche Zusammenfassung der Betriebsräte. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni, am 5. Juli d. J. eine Reichskonferenz von Vertretern der Delegationskommission nach Berlin zu berufen zwecks

Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Delegationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über weitere erforderliche Maßnahmen entschieden werden.

Gegen parteipolitische Zersplitterung der Betriebsräte. Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralkomitees oder provisorische Rätezentrale errichtet und die Betriebsräte auf den Verkehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. d. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremer Richtung wurde eine solche provisorische Rätezentrale in Berlin, die vermutlich unter der Leitung der Däumig, Maßjahn usw. steht, empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Rätezentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverhältnissen auseinander zu organisieren und anstatt der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmerium den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter zu pflegen. Durch solche Zersplitterung aber würden die Betriebsräte niemals ein machtvolles Werkzeug zur Demokratisierung unrer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährleistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet daher an alle Betriebsräte im Reiche das dringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unrentieren Rätezentralen einlassen zu lassen, sondern sich einzig und allein an die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO 16, Engelauer 15 IV, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

Aufruf zur Sozialisierung des Wohnungswesens. In einem gemeinschaftlichen Aufrufe der Vorstände aller baugewerblichen Arbeiterverbände an die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Stetler und Kleingärtner zur fahrfähigen Bekämpfung der ungeheuren Wohnungnot in ganz Deutschland wird aufgefordert, überall Massenversammlungen abzuhalten und für folgende Forderungen einzutreten: 1. Richtigste Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter; 2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Überführung des Besitzrechtes der Mietshäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten- und Heimstättenverbänden; 3. Schärffte Bekämpfung des Baukostenwuchers, Verbot des Abbruchs von Baukostenbetrieben, Ausbaue des Beschlagnahmerechts an Baukosten aller Art; 4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterfützung der von der deutschen Bauarbeiterchaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe; 5. Überführung des Besitzrechtes an Boden in die öffentliche Hand, Belastung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaues zur Hebung unrer Lebensmittelerzeugung; 6. Staatliche Unterfützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten; 7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Raubkolonien und sonstigen Kleingärtner für landlose Wohnungen. Es kann nur im Interesse der Arbeiterchaft liegen, wenn diese Forderungen überall in nachdrücklichster Weise zur Geltung gebracht werden.

Lebensmittelunruhen. In Süd- und Norddeutschland sind in den letzten Tagen in vielen Städten Lebensmittelunruhen ausgebrochen, die teilweise zu ersten Zusammenstößen mit Reichswehrtruppen, Sicherheitspolizei oder sogenannten Einwohnerwehren geführt haben, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Die Ursachen dieser Unruhen lind zum größten Teil in den unverkämpt hohen Markt- und Vadenpreisen für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände für das tägliche Leben zu suchen, die angesichts der guten Ernteerhältnisse und des Rückganges vieler Rohstoffpreise gar keine Berechtigung mehr haben, sondern nur auf die noch ungeschwächte Profitgier der Landwirte, Händler und Kaufleute zurückzuführen lind. Die Unruhen wurden aber teilweise durch unlaute Elemente, mit denen insbesondere die organisierte Arbeiterchaft nichts zu tun haben will und kann, geführt, und dann zu gewalttätigen Plünderungen und Diebstählen ausgenutzt, ohne zu einer allgemeinen und dauernden Preislenkung führen zu können. Im Gegenteil war fast überall die Folge von diesen Vorgängen, daß nach kurzer, gewalttätiger erzwungener Preisüberhebung das fernere Angebot von Lebensmitteln auf den Märkten wesentlich zurückging, wodurch die ärmeren Volkskreise nur noch in größerer Not geraten lind. Auch hier zeigt sich das Sinnlose einer ersplitterten und unorganisierten Selbsthilfe. Um so dringender ersucht insobesondere eine einheitliche Abwehrbewegung der gesamten organisierten Arbeiterchaft. Soweit wir unterrichtet lind, beschäftigt sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-

bundes gegenwärtig mit der Organisation einer solchen durchgreifenden Abwehrbewegung, deren Wirkung in allerhöchster Zeit eintreten wird. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft hat es daher nicht nötig, sich in solche zweifelhafte Abwehrbewegungen zu verstricken; sie wird auf geordnetem und einhelllichem Weg in absehbarer Zeit um so wirksamer zum Ziele kommen.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Polen. In Polen ist ein Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit erlassen, das die wöchentliche Höchstarbeitszeit in Handel und Industrie auf 46 Stunden festsetzt. Bestimmte Geschäfte, darunter die Apotheken, dürfen an Sonntagen bis zu drei Stunden (bis 10 Uhr vormittags) arbeiten lassen; hierfür tritt in der darauffolgenden Woche eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit ein. Überstunden müssen mit einem Zuschlage von 50 Proz., Nachtarbeit oder Arbeit an Sonn- und Feiertagen mit einem Zuschlage von 100 Proz. bezahlt werden.

Verschiedene Eingänge

„Sozialisierung und Wiederaufbau.“ Praktische Vorschläge zur Sozialisierung und zur Wiederaufbau unrer Wirtschaftslebens. Von Wilms Berlin. Preis 7,50 Mk. Verlag Neues Vaterland, Berlin W 62, Kurfürstentrasse 125.

„Die Wiederaufbauung Deutschlands.“ Von C. Sturzenegger. Der Freie Verlag Bern-Berlin.

„Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. Bloch. Alle 14 Tage ein Heft, Doppelhefte 7 und 8, 9 und 10. 26. Jahrgang. 26. Band. 1920. Heft 1,50 Mk. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H., Berlin W.

„Die Sozialisierung des Taylorsystems.“ Von Kurt Gwin. Eine gründliche Untersuchung zur Heilung und Berufsplanung. Verlag Gewerkschaft und Erziehung in Berlin-Friedrichshagen. Preis 1,50 Mk.

Bericht des Reichsamts über die Wirksamkeit der paritätischen Arbeitsnachweise im 1. Quartal 1920

Arbeitsnachweise zu	Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im						Bermittelt wurden im					
	Januar		Februar		März		Januar		Februar		März	
	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.
Aachen	2	1	3	3	2	2	4	1	—	—	—	—
Affenburg	10	4	3	3	2	2	—	—	—	—	—	
Augsburg	8	5	18	7	16	8	12	1	6	1	8	
Bamern	6	6	7	2	4	4	3	—	—	—	—	
Berlin	304	204	253	169	303	180	206	132	236	159	102	
Bielefeld	3	3	13	2	18	4	2	3	3	1	—	
Braunschw.	1	1	10	12	18	14	2	4	2	2	—	
Breslau	56	18	71	14	72	14	24	11	17	3	28	
Bremeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Barmst.	4	4	3	6	10	11	2	1	6	1	2	
Barmst.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bellau	5	5	2	8	14	8	—	—	—	—	—	
Berlin	5	4	9	4	14	6	—	—	—	—	—	
Breslau	78	61	86	66	111	64	25	10	14	3	7	
Dresden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Düsseldorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Essen	2	3	3	4	3	5	6	3	11	2	19	
Frankf. a. M.	20	16	46	16	60	15	37	2	20	6	13	
Frankf. a. M.	8	3	11	3	19	3	—	—	—	—	—	
Freib. i. Br.	21	13	26	8	26	9	3	1	—	—	—	
Gießen	10	9	8	10	9	10	1	4	—	—	—	
Halle	22	11	23	12	29	14	7	1	3	—	—	
Hannover	2	2	2	2	2	2	—	—	—	—	—	
Hildesheim	2	2	2	2	2	2	—	—	—	—	—	
Homburg	32	22	84	16	32	13	17	6	15	3	11	
Hannover	82	64	71	56	66	51	93	17	48	15	47	
Hildesheim	1	1	3	1	3	—	—	—	—	—	—	
Hannover	10	5	14	1	10	7	—	—	—	—	—	
Hildesheim	6	3	16	5	10	4	—	—	—	—	—	
Hannover	14	11	17	6	8	10	4	4	5	6	6	
Hildesheim	16	7	16	7	16	10	—	—	—	—	—	
Hannover	11	4	16	3	17	3	—	—	—	—	—	
Hildesheim	6	3	8	3	4	—	—	—	—	—	—	
Hannover	3	1	14	2	16	3	—	—	—	—	—	
Hildesheim	3	3	2	2	4	2	—	—	—	—	—	
Hannover	143	109	119	105	166	119	107	56	58	35	49	
Hildesheim	4	—	12	—	12	—	—	—	—	—	—	
Hannover	36	18	33	16	42	12	15	5	13	6	—	
Hildesheim	10	10	10	10	14	10	—	—	—	—	—	
Hannover	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	—	
Hildesheim	65	61	73	50	64	51	33	8	20	11	8	
Hannover	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hildesheim	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	43	22	40	19	51	22	12	2	3	1	1	
Hildesheim	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	40	8	40	11	45	11	—	—	—	—	—	
Hildesheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover	6	3	2	3	1	—	—	—	—	—	—	
Hildesheim	21	3	32	1	38	2	—	—	—	—	—	
Hannover	100	50	83	48	83	50	30	12	19	10	9	
Hildesheim	32	15	33	14	30	13	4	—	—	—	—	
Hannover	24	8	23	9	26	9	—	—	—	—	—	

1309 337 1327 772 101 903 924 316 592 389 269 168
 Der Durchschnitt waren arbeitslos pro Woche:
 im I. Quartal 1920 1390 Geßer | im I. Quartal 1920 804 Trücker
 79 Maschinenleher, 29 Korrektoren, 103 Schmelzbedeuten,
 101 Schreibsekrete.
 Untergebracht wurden:
 im I. Quartal 1920 1737 Geßer | im I. Quartal 1920 773 Trücker

158 Maschinenleher, 35 Korrekturen, 123 Schmelzerbege, 36 Cerechnpore.

Nach den Rechenchaftsberichten des Verbandes usw.: im IV. Quartal 1919: 142949 Zeige.

Durch Umschauen oder Verschreibung erhielten Stellung: 655 Gefer, 439 Trudier, 64 Maschinenleher, 21 Korrekturen, 45 Schmelzerbege, 60 Cerechnpore.

Briefkasten

A. und G. in G. r. f. d. B. ... Briefkasten ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.

Sau Bayern. Stern für Kenntnis, daß der 24. (ordentlich) Sonntag am 11. und 12. Juli in Regensburg ...

Adressenveränderungen

Reußen (D. G.). Kesselformwaller: Kurt Müller, Gartenstraße 3 p. (Abendzeitung 6-7 Uhr abends).

Veranstaltungskalender

Münchberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Juli, vormittags 9 Uhr, in der 'Briefcentralschule' ...

Gene. Verammlung Sonnabend, den 3. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im 'Gewerkschaftshaus' (Zimmer 6-7).

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 43, Friedrichstraße 239

Einundsechzigster Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremen: Remberti-Druckerei (Heinrich Schulz) ... II. Kreis. Barmen: Schwarze, L. & Oberhoff ...

- X. Kreis. Breslau: Druckerei Maslankowski (Stanislaus Maslankowski) ... XI. Kreis. Spandau: Stadtschreiber-Druckerei Spandau ...

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gefolgt die Firmen:

- II. Kreis: Hainke Bucherei und Verlagsanstalt S. Wienands ... VII. Kreis: Emil Zrips in Dresden ...

Bekanntmachungen

Arbeitsnachweise betreffend: Barmen: Barmwaller: Willibald Quaschnick ...

Schiedsgerichte betreffend

Münchberg. Tarifschiedsgerichte für Mittel- und Oberfranken. Prinzipalswahl: Hermann Schröder ...

J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker

Tarifkreis V (Bayern ohne Pfalz) Zur Deckung der gebliebenen für die tariflichen Institutionen des Tarifkreises V für das Geschäftsjahr 1919 ...

Das billigste u. lehrreichste Buch für jeden vorwärtsgerichteten und nachstrebenden Buchdrucker ...

Verbandsgeschichte

Das beste Orientierungsmittel über die Entstehung der Berufs- und Arbeiterbewegungen ...

Zwei Linotypsetzer

(Idealmaschine), tüchtige, junge Kräfte, durchaus gute Maschinenkennner ...

Altkidanz- und Katalogsetzer

luchig, selbständig, gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 674 an die Geschäftsstelle d. Zf.

Maschinenmeister

in Kunst- und Autotypdruckerei. Inhaber, Inhaber für dauernd gesucht.

Sachmann

Meister, 1. Altkidanzsetzer und Zeichner, Landmaschinenbau, ...

Faktor (Meister)

mitte oder guter Papierkennner und -behalter, ...

Junger, strebsamer Schriftsetzer

luchig in kleinerer oder mittlerer Druckerei ...

Einzugsungen an den 'Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker'

auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61323

Schwelz! Strebsamer Herrschel! Schriftsetzer

24 Jahre alt, in allem bewandert, luchig nach der Deutschen Schwelz oder Berufs-Herrschel zu Mitle August sich zu verandern ...

Schmelzerbege

mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, luchig sofort Stellung.

Für rührige Werber

Wir luchen an allen größeren Plätzen tüchtige Anzeigenverleger, ...

bedeutende Ausflüchten

Für die Preisberechnung und Kalkulation von Druckarbeiten ...

Für die Preisberechnung

und Kalkulation von Druckarbeiten ...

Kunstschrifffedern Tinten, Pinsel, Tuschen Winkel aus Holz

Maschinenband

Friedensqualität, leiseren, Beizer & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Blaue Anzüge

für Drucker in extra starker Qualität Größe 46 bis 52

R. Güner, Hofgeismar b. Kassel

Fachgeschäft für Druckereibedarf, Fabrikation von Berufsschleiden.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5

Typographische Fachliteratur

Lehrbücher für Satz und Druck empfiehlt Graph, Verlag A. Giesl, München 9, Stoltenbühlstraße 1. - Katalog 50 Pf.

Reparaturen, Montagen

an sämtl. Maschinen des graph. Gewerbes werden gut u. billig ausgeführt.

3 Zigarillos

(In der Feinheit das beste und billigste Rauchen) empfehle in den Preislisten von 35, 40 u. 48 Mfr. pro 100 Stück.

Hamburger Schumpen

etwa 10 cm lang, vorzüglich, Dual, 54 Mfr. (Ladenpr. 70 Pf.) als Spez, 26 Mfr. per Dutzend, München, Schwanthaler Str. 63.

Wichtig! Kollegen!

Biete an: Prima Qualitätszigarren in Preisen von 100 bis 120 Mfr. ...

Robert Menzel

aus Mühlwaidersdorf (Kreis Reichenbach i. Schl.) bietet Friedrich Schulze, Schriftsetzer, Merseburg a. d. S., Dürgrube 13 I.

Karl Erh

im Alter von 66 Jahren. Mir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Bezirksverein Frankfurt a. M.

Emil Barfisch

Der Verstorbenen war seit vielen Jahren im Betriebe und stand stets in erster Reihe als Funktionär, Vertrauensmann und Obmann im Aussch. Er war ein Vorbild freier Pflichterfüllung.

Die Kollegen von S. E. Hermann & Co., Berlin.